

THEMENBLATT 12

WIRTSCHAFTS-, FINANZ- UND SCHULDENKRISE

In den vergangenen Jahren war das Wort Krise immer wieder in den unterschiedlichsten Zusammenhängen zu hören. Doch welche Arten von Krisen gibt es und welche Beispiele der jüngeren Vergangenheit kennen wir?

- Um die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie zu verringern, haben ab 2020 weltweit Länder Einschränkungen des täglichen Lebens beschlossen, die die Wirtschaft hart getroffen haben und temporär zu einer tiefen Rezession führten.
- Die globale Krise, die 2007 in den USA ihren Ausgang nahm und danach auf den Euroraum und die Weltwirtschaft überschwappte, war eine Finanz- und Bankenkrise, die eine Wirtschaftskrise und schließlich eine Schuldenkrise auslöste.

Die Krisenjahre haben verdeutlicht,

- dass im Zeitalter globaler wirtschaftlicher und finanzieller Verflechtungen eine Krise rasch auf andere Sektoren oder Länder übergreifen kann;
- dass die jüngsten Krisen eine enorme Herausforderung für die Fiskal- und Geldpolitik bedeuteten;
- dass es auf europäischer Ebene ein Auffangnetz und Ausgleichsmechanismen braucht, um die Widerstandskraft des Euroraums in schwierigen Situationen zu stärken;
- dass eine umfassende Aufsicht des Finanz- und Bankensektors notwendig ist, um Krisen zu verhindern oder zumindest abzumildern.

**Autorinnen: Gudrun Mauerhofer
und Maria Silgoner**

Stand: August 2022

1 Wirtschaftskrise

Die Wirtschaft eines Landes unterliegt im Zeitablauf regelmäßigen Schwankungen, die als „Konjunkturzyklus“ bezeichnet werden. Themenblatt 6 „Konjunkturzyklus“ beschreibt im Detail diese konjunkturellen Wellenbewegungen und auch, wie die Wirtschaftspolitik dazu beitragen kann, diese zu verflachen. Während also ein Abschwung ein normaler Bestandteil des „Konjunkturzyklus“ ist, kann ein massives negatives Ereignis eine Wirtschaftskrise auslösen. Historisch betrachtet waren beispielsweise Ölpreisschocks, politische Unruhen, Kriegszustände oder Bankenkrisen verantwortlich für solche Wirtschaftskrisen.

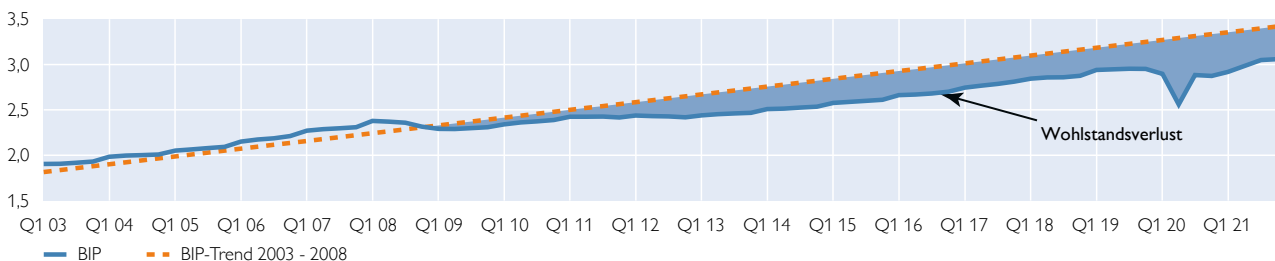
Da es sich dabei um außergewöhnliche Ereignisse handelt, sind in der Regel auch außergewöhnliche wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich. Staaten nehmen neue Schulden auf, um den am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen und Sektoren durch zusätzliche Staatsausgaben und Steuersenkungen unter die Arme zu greifen. In der Geldpolitik kann der Werkzeugkasten der konventionellen Geldpolitik (also primär das Verändern der Leitzinsen) an seine Grenzen stoßen und neue Wege erforderlich machen (siehe dazu Themenblatt 5 „Geldpolitik in normalen und in Krisenzeiten“).

Eine Wirtschaftskrise ist nicht nur ein kurzfristiges Problem, sie kann auch langfristig negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsaussichten haben. Wenn Arbeitslose sehr lange ohne Beschäftigung bleiben, finden sie manchmal nicht mehr ins Berufsleben zurück und gehen dauerhaft für den Arbeitsmarkt verloren. Auch Maschinen können für die Produktion auf Dauer verloren gehen, wenn sie länger brachliegen und nicht mehr gewartet werden. Grafik 1 zeigt, dass der Wohlstandsverlust infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 so groß war, dass die Wirtschaft ihn bis heute nicht wieder aufholen konnte. Ab 2020 wurde der Wohlstandsverlust durch die COVID-19-Krise noch verstärkt.

Grafik 1

Wohlstandsverlust durch die große Krise

In Billionen EUR



Quelle: Eurostat.

BEISPIEL 1: DIE COVID-19-PANDEMIE

Ein aktuelles Beispiel einer Wirtschaftskrise ist die COVID-19-Pandemie, die Europa ab Anfang 2020 erfasste. Um den Kontakt zwischen den Menschen und damit die Möglichkeiten zur Übertragung der Krankheit zu minimieren, blieben in den Jahren 2020 und 2021 vielerorts Geschäfte, Betriebe, Bildungs- und Kultureinrichtungen zeitweilig geschlossen. Die Wirtschaft war auf vielfältige Weise von diesen Maßnahmen betroffen:

- Die Produktion war teilweise durch Betriebsschließungen unterbrochen bzw. konnte nur unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen oder mit verringerter Belegschaft fortgesetzt werden.
- Wichtige Zulieferungen aus stark betroffenen Ländern blieben aus oder verzögerten sich aufgrund von unterbrochenen Transportwegen.
- Aufgrund der temporär geschlossenen Geschäfte konnten viele Produkte nicht abgesetzt werden, Dienstleistungen nicht angeboten werden.
- Selbst in Phasen wieder geöffneter Läden fehlte es an Nachfrage. Viele Menschen hatten ihren Job oder Teile ihres Einkommens verloren und so deutlich weniger Geld für Konsum. Generell sinkt die Konsumlaune, wenn die Unsicherheit über die Zukunft groß ist.

Grafik 2 zeigt die Tiefe der Rezession im Euroraum infolge der COVID-19-Pandemie. Jedoch waren nicht alle Länder gleichermaßen von der Wirtschaftskrise betroffen. Das Ausmaß der Rezession hing davon ab, wie stark das Land von der Viruserkrankung erfasst war, wie lange die Einschränkungsmaßnahmen aufrechterhalten wurden und wie wichtig für die Wirtschaft jene Sektoren sind, die sich erst langsam wieder erholen konnten (Tourismus, Gastgewerbe, Kunst und Kultur). Österreich war als Tourismusland stark davon betroffen, dass Gäste aus vielen Teilen der Welt ausblieben.

Die Länder des Euroraums haben auf diesen historischen Wirtschaftseinbruch – in einigen Fällen der stärkste seit Beginn der Messung des BIP – mit außergewöhnlichen fiskalpolitischen Maßnahmen reagiert. Dazu zählen:

- Einmalunterstützungen für besonders betroffene Sektoren und Bevölkerungsgruppen (z. B. Familien, Künstlerinnen und Künstler, Gastronomie);
- Erhöhung bzw. Verlängerung des Arbeitslosengelds und Möglichkeit der Kurzarbeit;
- temporäre Senkung von Steuern, z. B. der Mehrwertsteuer;
- Stundung von Steuern, Mieten, Stromgebühren und Kreditraten;
- Staatliche Garantien für Unternehmenskredite;
- im Einzelfall Übernahme oder Finanzierung von gefährdeten Betrieben (z. B. Fluglinien).

Durch die Mehrausgaben und die fehlenden Einnahmen hat sich der Schuldenstand in allen Ländern deutlich erhöht. Diese Maßnahmen waren jedoch notwendig, um die Tragweite der Krise auf die Haushalte und Unternehmen zu verringern. Auch die Geldpolitik hat durch weiterhin rekordniedrige Zinsen und eine Ausweitung ihres Ankaufsprogramms von Wertpapieren ihren Beitrag geleistet, indem sie einer möglichen Beeinträchtigung des geldpolitischen Übertragungsmechanismus entgegenwirkte (siehe dazu Themenblatt 5 „Geldpolitik in normalen und in Krisenzeiten“). Auf Europäischer Ebene wurden schließlich mit dem Aufbauplan für Europa Mittel zur Verfügung gestellt, um den am stärksten betroffenen Regionen unter die Arme zu greifen.

BEISPIEL 2: KRIEG IN DER UKRAINE

Europa befand sich Anfang 2022 in einer Phase wirtschaftlicher Erholung, als die Invasion Russlands in der Ukraine die Weltwirtschaft erneut erschütterte. Bereits im Jahresverlauf 2021 hatten die dynamische Nachfrage und weiterhin gestörte Lieferketten die Preise in manchen Bereichen dynamisch ansteigen lassen. Die Sanktionen des Westens gegen Russland (insbesondere die Einschränkungen von Handel und Transport) sowie die Unterbrechung von zentralen Handelsrouten aus der Ukraine führten zu massiven Preisanstiegen bei Nahrungsmitteln (Getreide, Öle) und Energie. Das beschleunigte die Inflation weiter auf Niveaus deutlich über der Zielsetzung der Geldpolitik (siehe Themenblatt 4 „Preisstabilität – Inflation – Deflation“).

Hohe Inflation senkt die verfügbaren Realeinkommen der Haushalte und dämpft deren Nachfrage. Gleichzeitig können Unternehmen massiv in ihrer Betriebstätigkeit eingeschränkt werden, wenn gewisse Energieträger nur mehr eingeschränkt zur Verfügung stehen. Erneut war daher die Wirtschaftspolitik gefordert, um Rezessionsrisiken entgegenzuwirken. In zahlreichen europäischen Ländern wurden Maßnahmen ergriffen, um strategische Energiereserven aufzubauen. Wenn ein Betrieb tatsächlich durch Energieknappheit in der Produktion eingeschränkt ist, kann der Staat zusätzlich unterstützend eingreifen. Haushalte, vor allem jene mit geringem Einkommen, wurden durch Inflationsanpassung von Sozialleistungen, Einmalzahlungen oder Anpassungen im Steuersystem entlastet.

Wachstum des realen BIP im Euroraum

in % (Jahresdurchschnitt)



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission (Mai 2022).

Wichtige Zielsetzung all dieser Maßnahmen als Reaktion auf die COVID-19- oder Ukraine-Krise ist es zu verhindern, dass Arbeitskräfte sich überschulden oder dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden oder dass zahlreiche Betriebe zusperren müssen und so dem Wirtschaftssystem verloren gehen. Für das Bankensystem hätte das gravierende Auswirkungen, denn finanzielle Engpässe bei Haushalten oder Betrieben können dazu führen, dass sie Kredite nicht mehr zurückzahlen können. Wenn das gehäuft passiert, kann dies zu einer Finanzkrise führen.

2 Finanzkrise

Von einer Finanzkrise spricht man, wenn es im Finanzsystem, also der Gesamtheit der finanzwirtschaftlichen Einrichtungen (Banken, Versicherungen etc.), zu größeren Verwerfungen kommt. Finanzprodukte wie Aktien oder Anleihen verlieren rapide an Wert. Zahlreiche Unternehmen und Haushalte können ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen. All das kann den Bankrott von Banken auslösen.

Untersucht man die Finanzkrisen der Vergangenheit rund um den Globus, zeigt sich ein klares Muster davon, wann Finanzkrisen typischerweise eintreten. Vor allem die Jahre vor der Krise ähneln einander stark:

- Der Wirtschaft geht es seit Längerem gut, sodass die Menschen, die Unternehmen und die Banken zu glauben beginnen, dass dies ein Dauerzustand sei. Sie rechnen nicht mehr damit, dass schlechtere Zeiten kommen könnten, die es schwer machen, einen Kredit zurückzuzahlen, und werden daher unvorsichtiger bei der Einschätzung von Risiken.
- Auch die Banken werden überoptimistisch und vergeben Kredite in großem Umfang und zu sehr günstigen Konditionen (niedrige Zinsen, unzureichende Sicherheiten). Häufig wird diese Entwicklung noch durch die Einführung neuer attraktiver Finanzprodukte verstärkt.
- Dies ermöglicht es Privatpersonen und Unternehmen, Käufe auf Kredit zu tätigen, die sie sich sonst nicht hätten leisten können. So können sich Haushalte nun z. B. ein Haus kaufen, das im Vergleich zu ihrem Einkommen zu teuer ist. Oder ein Unternehmen vergrößert sich durch Zukauf anderer Unternehmen und übernimmt sich dabei finanziell.

All das geht so lange gut, bis Haushalte und Unternehmen plötzlich Schwierigkeiten bekommen, ihre Kredite zurückzuzahlen. Ursache kann beispielsweise eine Wirtschaftskrise sein, durch die Menschen arbeitslos werden und Unternehmen immer weniger Umsatz machen. Fallen viele Kredite aus, können Banken in finanzielle Schwierigkeiten kommen. In der Vergangenheit wurden sie oftmals vom Staat gerettet. Diese Maßnahmen waren notwendig, um den Verlust von Spareinlagen zu verhindern, das Fortbestehen von Gehalts- und Geschäftskonten sicherzustellen und die Verfügbarkeit von Krediten zu gewährleisten, war aber mit hohen Kosten für den Steuerzahler verbunden. In den letzten Jahren wurden daher in Europa zentrale Schritte gesetzt, um Finanzkrisen zu verhindern oder zumindest abzumildern, aber auch, um Kreditgeber und Eigentümer von Banken verstärkt an den Kosten der Krisenbewältigung zu beteiligen.

BEISPIEL 3: DIE GROSSE GLOBALE FINANZKRISE

Auch in der großen globalen Krise ab 2007/08 haben die oben genannten Faktoren eine zentrale Rolle gespielt. Vor allem in den USA, aber auch in europäischen Ländern wie Irland oder Spanien haben die Banken in großem Ausmaß Immobilienkredite zu sehr günstigen Konditionen vergeben. Vielfach konnten Familien ohne gesichertes Haushaltseinkommen auf Kredit ein Haus erwerben. Die Behörden, die den Bankensektor beaufsichtigen, setzten dem Kredit-Boom zu wenig entgegen.

Der Nährboden für eine Finanzkrise war somit gegeben. Auslöser war der allgemeine Anstieg der Zinsen, der aufgrund hoher Preissteigerungsraten geldpolitisch notwendig geworden war. Viele Hausbesitzerinnen und -besitzer konnten ihre Kreditraten plus anfallende Zinsen bald nicht mehr pünktlich bezahlen. Hält der Zahlungsrückstand einige Monate an, gilt dieser Kredit



als „notleidend“ oder salopp gesagt als „faul“. Die Bank muss sich irgendwann eingestehen, dass sie ihr Geld nicht wieder in vollem Umfang zurückerhalten wird.

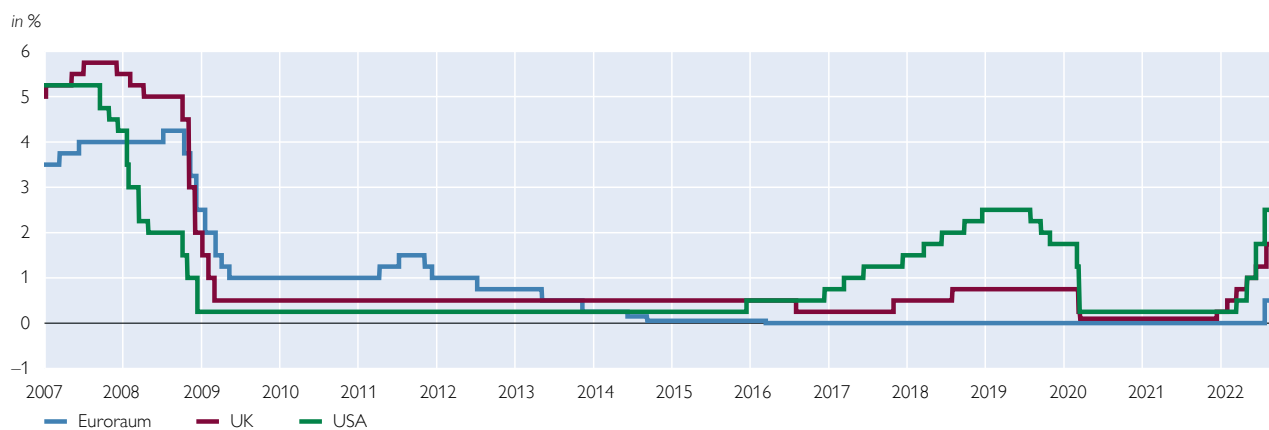
In der Regel haben sich Banken dadurch abgesichert, dass sie bei Zahlungsausfall das Haus als „Pfand“ verwerten können („Hypothekarkredit“). Mit dem Platzen der Hauspreisblase reichte der Wert dieser Häuser jedoch nicht mehr aus, um die Kreditsumme abzudecken. Banken machten massive Verluste und mussten vom Staat unterstützt oder übernommen werden oder wurden im Extremfall insolvent.

Banken, die in dieser Weise in Schwierigkeiten geraten, reagieren zunächst einmal damit, dass sie nur zögerlich neue Kredite vergeben. Wenn Banken aber der Wirtschaft und den Haushalten kein frisches Kapital zur Verfügung stellen, entziehen sie ihr eine wichtige Wachstumsgrundlage. Die Finanzkrise löste damit, wie in Grafik 2 gut ersichtlich ist, 2009 eine massive Wirtschaftskrise aus. Die Rezession verstärkte wiederum die Finanzkrise. Es ist eine wichtige Lehre aus vergangenen Krisenepisoden, dass eine Krise selten allein kommt und sich häufig ein Teufelskreis bildet.

Eine weitere Lehre war, dass in einem Zeitalter global verflochtener Finanzmärkte die Probleme eines Landes rasch auf andere Länder übergreifen können. Wie schon so oft hatte das mit neu entwickelten Finanzprodukten zu tun, den „Kreditverbriefungen“. Von der Idee her kann damit eine Bank Risiken – im konkreten Fall das Risiko, dass ein Hypothekarkredit "ausfällt", also nicht mehr ordnungsgemäß zurückbezahlt wird – von sich abwälzen, indem sie sie an einen Investmentfonds übertragen. Dieser schnürt aus einer Vielzahl solcher Kredite attraktive Finanzprodukte (ABS – Asset-Backed Securities) und verkauft sie als Anlageprodukt in die ganze Welt: an Einzelinvestorinnen bzw. -investoren, aber auch an Banken und an Versicherungen. Auf diese Weise waren plötzlich Anlegerinnen und Anleger in vielen Ländern den Risiken des amerikanischen Häusermarkts ausgesetzt. Die Auswirkungen der geplatzten Immobilienblase in den USA trafen plötzlich Millionen von Haushalten auf der ganzen Welt.

Grafik 3

Leitzinsen in ausgewählten Ländern



Quelle: Macrobond.

Die wichtigsten Notenbanken haben als Reaktion auf die große Wirtschafts- und Finanzkrise die Leitzinsen in mehreren Schritten so weit gesenkt, dass sie nahe an den Wert null herangebracht oder sogar leicht negativ wurden. Ergänzend sorgten die Notenbanken durch Ankäufe von Wertpapieren dafür, dass die Erwartungen zum Verlauf der zukünftigen Leitzinsen sinken, was eine ähnliche Wirkung auf die Wirtschaft hat wie eine Leitzinssenkung. Im Eurosystem wurde dieser Weg ab Herbst 2014 mit einem großen Aufkaufprogramm von (vorwiegend) Staatsanleihen in größerem Ausmaß beschritten (siehe Themenblatt 5 "Geldpolitik in normalen und in Krisenzeiten").

Die globale Finanzkrise erforderte jedoch auch darüber hinaus ganz neue Lösungsansätze. Die große Unsicherheit darüber, wer durch den Wertverlust der Kreditverbriefungen am meisten betroffen wäre, führte dazu, dass sich

die Banken gegenseitig kein Geld mehr leihen wollten. Der „Interbankenmarkt“ hat jedoch eine zentrale Rolle im Finanzsystem, denn Banken überbrücken temporäre Finanzengpässe üblicherweise durch kurzfristige Kredite von anderen Banken. Wenn sich die Banken gegenseitig kein Geld mehr borgen, kann aus einem kurzfristigen finanziellen Engpass einer Bank leicht ein Bankrott werden.

Es lag daher an den Zentralbanken, helfend einzugreifen. Eine zentrale Maßnahme des Eurosystems war daher, für den nicht mehr funktionierenden Interbankenmarkt einzuspringen und den Banken rasch, flexibel und in großem Ausmaß Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich verleiht das Eurosystem an die Banken Geld zu vorgegebenen Zeitpunkten, in vorgegebenem Ausmaß und gegen geeignete „Sicherheiten“, also ein Pfand zur Abdeckung des Risikos eines Zahlungsausfalls. Im Zuge der Finanzkrise ging das Eurosystem dazu über, in mengenmäßig unbeschränktem Ausmaß, für längere Laufzeiten und gegen eine breitere Palette von Sicherheiten Geld zu vergeben. Dies konnte verhindern, dass Banken aufgrund kurzfristiger Finanznöte zusperren mussten. Es konnte aber auch das Risiko einer „Kreditklemme“ mindern, nämlich dass Unternehmen selbst für vielversprechende Investitionsprojekte keinen Kredit bekommen können. Das hätte die Wirtschaft noch tiefer in die Krise gestürzt.

3 Schuldenkrise

Im Zuge der großen Finanzkrise haben die Staaten hohe Schulden aufgenommen, um über zusätzliche Ausgaben und niedrigere Steuern die Wirtschaft anzukurbeln sowie um marode Banken aufzufangen. Der Schuldenstand im Euroraum stieg damit im Durchschnitt von rund 66 % des BIP 2007 auf 95 % 2014 (Grafik 4). Auch im Zuge der Konjunkturpakete als Reaktion auf die COVID-19-Krise sind die Schuldenstände enorm angestiegen, auf knapp 100 % des BIP im Euroraum-Durchschnitt.

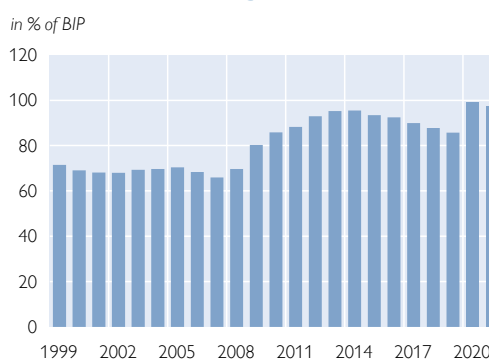
Grundsätzlich gelten Staaten als vertrauenswürdige Kreditnehmer, die ihre Schulden regelmäßig zurückzahlen. Sie können sich daher zu niedrigen Zinssätzen große Geldsummen ausleihen. Die Erfahrung zeigt, dass Investoren – vor allem Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds, aber auch Private – selbst bei hohen Schuldenständen großes Vertrauen in Staaten haben. So bezahlte Italien bei einer damaligen Schuldenquote von über 100 % des BIP (60 % wäre laut Maastricht-Vertrag in der EU eigentlich erlaubt) vor der Krise (2007) auf einen Kredit mit 10 Jahren Laufzeit nur etwa 4,5 % Zinsen und damit kaum mehr als Österreich mit einer Schuldenquote von etwa 65 %.

Allerdings hat das Vertrauen der Anlegerinnen und Anleger auch Grenzen. Dabei kann sich die Risikoeinschätzung des Marktes schlagartig ändern. Genau das geschah im Zuge der globalen Finanzkrise. So musste Italien 2011 bereits bis zu 7 % Zinsen auf langfristige Kredite bezahlen, obwohl sich die Staatschuldenquote nur geringfügig erhöht hatte. Plötzlich erschien es Anlegerinnen und Anlegern denkbar, dass Italien seine Staatsschulden nicht mehr zur Gänze zurückzahlen wird: Angesichts der schlechten Wachstumsaussichten könnten immer mehr Kredite „faul“ werden und die Banken belasten, die dann möglicherweise vom Staat aufgefangen werden müssen. Das erhöht wiederum die Staatsschuld und verringert den finanziellen Spielraum des Staates, um der Wirtschaft aus der Rezession zu helfen. Dadurch verschlechtern sich die Wachstumsaussichten – eine negative Abwärtsspirale beginnt (siehe Schaubild).

Dieser Teufelskreis beunruhigte die Anlegerinnen und Anleger zunehmend. Sie misstrauten Ländern wie Italien, Spanien, Griechenland, Irland oder Portugal zunehmend und waren nur zu sehr hohen Zinsen bereit, neue Kredite zu vergeben. Das wiederum erhöht die Zinskosten für diese Länder und macht einen Zahlungsausfall noch wahrscheinlicher. Im Extremfall hätte das einzelne Länder dazu bewegen können, den Euroraum zu verlassen. Das war

Grafik 4

Staatsverschuldung im Euroraum



Quelle: Europäische Kommission (Mai 2022).



die Basis für die Schuldenkrise, die sich aus der Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelt hatte.

Innerhalb eines Staates wie Österreich gibt es die Möglichkeit, Regionen, die z. B. aufgrund von Unwettern wirtschaftlich getroffen sind, mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Der Staat kann Kredite aufnehmen und die Mittel dorthin lenken, wo sie dringend benötigt werden. Auf europäischer Ebene gibt es diese Möglichkeit jedoch kaum. Häufig wird das als einer der größten Baufehler der Europäischen Integration bezeichnet, nämlich dass es zwar

eine gemeinsame Geldpolitik gibt, die für den Euroraum als Ganzes zuständig ist, dass aber die Politik der staatlichen Einnahmen und Ausgaben weiterhin in nationaler Zuständigkeit liegt.

Wie schon so oft hat es eine Krise gebraucht, um dafür Lösungsansätze zu finden.

- Falls es erneut zu einem plötzlichen und überzeichneten Anstieg der Zinsen für einzelne Euroraum-Länder kommt, steht seit 2011 ein Rettungsschirm, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), zur Verfügung. Dieser kann Finanzmittel mobilisieren und Euroraum-Ländern mit schwerwiegenden Finanzierungsproblemen unter strengen Auflagen Finanzhilfen in Form von Krediten bereitstellen.
- Unter strikten Bedingungen kann das Eurosystem, also die Europäische Zentralbank zusammen mit den Notenbanken der Euroraum-Länder, Staatsanleihen von Krisenländern ankaufen. Eine Staatsanleihe ist ein Wertpapier, das einen Kredit an den Staat bescheinigt. Benötigt ein Staat Geld, begibt er Staatsanleihen auf dem sogenannten Primärmarkt. Diese können später auf dem Sekundärmarkt weiterverkauft werden. Wird das Eurosystem auf dem Sekundärmarkt als Käufer einer Staatsanleihe aktiv, steigt die Nachfrage nach diesem Papier, was ihren Wert steigen lässt. Dadurch wird es wiederum für den betroffenen Staat günstiger, Geld auf dem Finanzmarkt aufzunehmen, die Zinsen für neue Schulden gehen zurück. Durch die rückläufige Zinsenlast sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass der Staat seine Schulden nicht mehr zurückzahlen kann.
- Als Lehre aus der Finanzkrise wurden zusätzliche Kontrollmechanismen eingeführt, die frühzeitig aufzeigen sollen, wenn sich in einem Land Ungleichgewichte aufbauen, wie z. B. eine Hauspreisblase, eine übermäßige Verschuldung der Unternehmen oder Haushalte oder ein Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.
- Mit dem Wiederaufbau-Programm „NextGenerationEU“, das im Zuge der COVID-19-Krise eingeführt wurde, besteht erstmals die Möglichkeit, EU-weit Kredite aufzunehmen und in die am stärksten betroffenen Regionen zu kanalisieren – so wie es innerhalb von einzelnen Staaten möglich ist. Mit diesen Mitteln im Ausmaß von ca. 800 Mrd EUR sollen insbesondere wichtige Zielsetzungen wie die Digitalisierung und die Klimawende gefördert werden.

All diese Neuerungen der letzten Jahre haben das Ziel, die Widerstandsfähigkeit des Euroraums in schwierigen Situationen zu stärken.

4 Lehren aus der Krise: Einführung der makroprudenziellen Aufsicht

Um Finanzkrisen in Zukunft bereits von vorne herein verhindern zu können, wurde 2014 die makroprudenzielle Aufsicht als eine richtige und wichtige Lehre aus der Krise in Europa eingeführt.¹ Die makroprudenzielle Aufsicht beschäftigt sich mit der Analyse und Reduktion von Systemrisiken im österreichischen Finanzsystem. Ultimates

¹ Siehe Themenblatt 11 „Makroprudenzielle Aufsicht“ und Themenblatt 7 „Die Bedeutung eines stabilen Finanz- und Bankensystems“.

Ziel der makroprudenziellen Aufsicht ist die Wahrung der Finanzmarktstabilität. Sie ergänzt die (mikroprudenzielle) Aufsicht über Einzelinstitute (Banken oder Versicherungen) sowie die preisstabilitätsorientierte Geldpolitik. Dieser „Lückenschluss“ wurde notwendig, da die stärkere Vernetzung zwischen den Finanzinstitutionen das Ansteckungspotenzial und die Ansteckungsgeschwindigkeit im Krisenfall deutlich erhöht hat. Die Krise 2007/08 zeigte, dass selbst stabile Einzelbanken und die Preisstabilität nicht automatisch Finanzmarktstabilität gewährleisten können.

Mit der Errichtung der Bankenunion² wurde der wichtigste wirtschaftliche und institutionelle Integrationsfortschritt in Europa seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion gesetzt. Die auf drei Säulen beruhende Bankenunion trägt mit ihrer ersten Säule, dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM), zu einer wirksameren Aufsicht und einer besseren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Koordinierung bei. Die Aufsicht über die bedeutenden und für die Finanzsystemstabilität wichtigsten Banken des Euroraums (Mai 2022: 111 Bankengruppen) ist direkt bei der EZB gebündelt.

Die zweite Säule, der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM), bietet den zuständigen Behörden frühere Eingriffsmöglichkeiten (z. B. Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen) und ermöglicht aber auch die Abwicklung von Banken (Marktaustritt, ohne die Finanzmarktstabilität zu gefährden und Steuer-gelder einzusetzen).

Die dritte Säule, die im Endausbau ein gemeinsames europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) vorsieht, garantiert bereits jetzt allen Anlegerinnen und Anlegern in der EU einen einheitlichen Schutz ihrer Ersparnisse bis zu einer Höhe von 100.000 EUR pro Person und Bank. Bis zur vollständigen Umsetzung der dritten Säule kommt den nationalen Einlagensicherungssystemen weiterhin eine zentrale Rolle zu. Die Bankenunion ist ein wichtiger Baustein zur zukünftigen Krisenbewältigung und -prävention.

² Siehe Themenblatt 8 „Die Bankenunion“.

Weitere Informationen

www.oenb.at
www.ecb.int
ec.europa.eu

Erklärungen zu Fachbegriffen siehe OeNB-Glossar unter <http://www.oenb.at/Service/Glossar.html>

Impressum

MedieninhaberIn und HerausgeberIn:
Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-6698

© Oesterreichische Nationalbank
Stand: August 2022